

Fraktion im Gemeinderat der Stadt Ellwangen  
Berthold Weiß  
Haller Str. 70  
73479 Ellwangen  
0176.30464959  
Berthold.Weiss@gmx.de



Ellwangen, 28. November 2024

- Es gilt das gesprochene Wort -

## **Haushalt 2025 der Stadt Ellwangen**

### **Stellungnahme von Bündnis 90/Die Grünen**

#### **Haushalten in Zeiten schwieriger Finanzlage**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dambacher,  
sehr geehrter Herr Thomer,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Verwaltung legt einen Haushaltsplan mit einem Volumen von knapp 100 Mio € vor. Er liegt damit nochmal um 10 Mio € höher als in 2024. Dabei wird das ordentliche Ergebnis mit einem Defizit von knapp 5 Mio € veranschlagt.

Der Vorbericht zeigt auf den S. 11 ff den bisherigen Verlauf des auslaufenden Haushaltsjahres auf. Ein erfreuliches Moment: Die „Auszahlungen im Finanzhaushalt“ zeigen eine Verschlechterung des Ergebnisses um 5,5 Mio €. Erfreulich ist dieses Paradoxon deshalb, weil wir damit dokumentiert haben, dass es endlich vorangeht mit den Investitionen. Allerdings ist das nur auf den ersten Blick der Fall. Genauer betrachtet erzielen wir dieses Ergebnis nur aufgrund der getätigten Käufe von Grundstücken und Gebäuden, die um fast 8 Mio € höher liegen als geplant. Bei den Baumaßnahmen hinken wir zum Jahresende um 2 Mio € hinterher, was knapp 10 % des Planansatzes entspricht. In 2025 werden wir uns ein solches Ergebnis nicht mehr leisten können: Das würde bedeuten, dass wir nicht alle notwendigen Investitionen für die LGS tätigen konnten.

Besorgniserregend ist aus unserer Sicht, dass die „Einzahlungen aus Investitionsaufwendungen“, staatliche Zuschüsse also zu unseren Baumaßnahmen und Erlöse z.B.

aus Grundstücksveräußerungen, nicht wie geplant eingegangen sind. Die Erläuterungen der Verwaltung, die Mittel stünden der Stadt rechtlich zu, beruhigen nur bedingt. In Ihrem Vorwort weisen Sie darauf hin, dass das Land für die beiden nächsten Jahre „mit insgesamt 1,85 Mrd € weniger an Steuereinnahmen kalkulieren“ muss. Gleichzeitig geht das Land davon aus, dass im selben Zeitraum die Kommunen Mindereinnahmen von 2 Mrd. € verkraften müssen. Natürlich gehen wir davon aus, dass das, was uns rechtlich zusteht, uns auch tatsächlich baldmöglichst zugeht. Es könnte aber ein erstes Signal sein, dass die Haushaltsslage des Landes bereits jetzt angespannter ist, als es aufgrund der hohen Förderzusagen den Anschein hat.

Auch deshalb ist es richtig, wenn Sie, Herr Thomer, auf S. 15 die Marschrichtung wie in den vergangenen Jahren im Sinne einer „konservativen Planung“ vorgeben. Insbesondere bei den geplanten Gewerbesteuererinnahmen mahnen wir zu großer Vorsicht. Eines haben wir schon vernommen: Die Zuschüsse des Landes werden nicht mehr wie in den Vorjahren mit dem Füllhorn ausgeschüttet. Hier werden wir aller Voraussicht nach schmerzhaft Erfahrungen machen. Bei den extremen Kostensteigerungen im Fall der EATA konnten wir mit der Großzügigkeit des Landes in Form von zusätzlichen Mitteln rechnen. Auch in diesem Jahr ist es der Verwaltung gelungen, bei den gestiegenen Kosten des Jugend- und Kulturzentrums eine um 1 Mio € höhere Förderung zu erhalten. Dies wird in künftigen Jahren – das ist unsere Prognose – nicht mehr eintreten. Trotz unserer breit aufgestellten Gewerbebetriebe, die gerade nicht am Tropf der Automobilindustrie hängen, befürchten wir, dass sich die anhaltende bundesweite Konjunkturflaute auch auf deren Ergebnisse auswirken wird und wir unter Umständen sogar damit rechnen müssen, dass wir Gewerbesteuer zurückzahlen haben. Wir tun gut daran, vorsichtig zu planen.

Lassen Sie uns das an folgendem Beispiel begründen:

Die Gewerbesteuer ist unsere wichtigste und bedeutendste eigene Einnahmequelle. Mit 24 Mio € liegt sie sogar höher als der Gemeindeanteil an Einkommens- und Umsatzsteuer, den wir für 2025 mit 22 Mio € veranschlagen. Damit liegt sie im nächsten Jahr ähnlich hoch wie 2019. Nur lagen unsere Personalausgaben damals nicht bei 25 Mio, sondern gerade bei 15 Mio €. Damit wollen wir der Verwaltung nicht Maßlosigkeit vorwerfen; wir haben dem Stellenzuwachs, der zu großen Teilen aufgrund von Pflichtaufgaben im sozialen Bereich stattgefunden hat, ja auch zugestimmt. Auf was wir mit diesem Beispiel aufmerksam machen wollen: Wir haben unsere Fixkosten in den letzten Jahren extrem nach oben geschraubt und hatten das Glück, dass die Konjunktur die schwierigen Jahre der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges bislang gut überstanden hat. Das hat uns ausreichend Geld in die Kasse gespült, um diese Kosten auch zu decken. Die aktuellen Konjunkturdaten sowie die Steuerschätzung des Landes sind Alarmglocken, die wir nicht überhören sollten. Und: Wie im vergangenen Jahr ist das Team der Kämmerei Opfer von „copy and paste“ geworden, wie sich auf S. 38 nachlesen lässt. Nach wie vor ist es aber so, dass gute Steuerjahre negative und schlechte

Steuerjahre eher positive Auswirkungen auf die Einnahmen und Ausgaben der Kommune haben. Auch so gesehen kann uns das nochmals außerordentlich gute Ergebnis in diesem Haushaltsjahr in künftigen Jahren zur Belastung werden.

Und noch eines müssen Sie uns erklären, Herr Thomer: Mit unserem gewaltigen Investitionsprogramm in Höhe von nie da gewesenen 54,8 Mio € belasten wir die künftigen Haushalte durch Abschreibungen, Zins- und Tilgungsleistungen. Auch die Übersicht über die ordentlichen Aufwendungen des Ergebnishaushaltes auf S. 19 (wir gehen mal davon aus, dass die Zahlen nicht die Jahre 2023 und 2024, sondern 2024 und 2025 abbilden sollen?) macht deutlich, in welcher verzwickter Lage wir uns befinden: Unsere Personalaufwendungen steigen um 1,8 Mio €, die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen um 1,15 Mio und die Transferleistungen um sage und schreibe 6,3 Mio € - eine Steigerung um fast 20 % im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig weisen Sie aber bereits jetzt darauf hin, dass wir „in zukünftigen Haushalten nicht umhinkommen (werden), Einsparungen im Ergebnishaushalt vorzunehmen“: Wie soll uns das gelingen, wenn wir diese zukünftigen Haushalte in einer nie dagewesenen Größenordnung belasten? Da sind wir auf Ihre Antwort sehr gespannt. Bereits jetzt hat ja unsere Aufsichtsbehörde darauf hingewiesen, dass noch mehr Kredite keine Lösung sein können. Auch kommt – wie im Vorjahr übrigens - der Hinweis, dass eine deutlich stringenter Priorisierung unserer Projekte für zukünftige Haushalte zwingend notwendig sein wird. Die Älteren im Gremium erinnern sich ganz deutlich an die Mahnung Ihres Vor-Vor-Vorgängers, Herrn Senger, der uns in schöner Regelmäßigkeit auf die Problematik der strukturellen Unterfinanzierung unseres Haushaltes hingewiesen hatte.

Noch ein Wort zur Digitalisierung, liebe Kolleginnen und Kollegen: Bei den Haushaltsansätzen zur IUK hat es uns verwundert, dass ausgerechnet hier eine vergleichsweise moderate Steigerung veranschlagt wird, die überwiegend auf Abschreibungen und Lizenzgebühren zurückzuführen sind, wohingegen die Personalaufwendungen geringer ausfallen als im Vorjahr - trotz Lohnsteigerungen. Wir sind der Auffassung, dass wir trotz aller Notwendigkeit zum Sparen bei dieser Querschnittsaufgabe mehr investieren müssten. Die Digitalisierung lässt sich zum einen nicht aufhalten, zum anderen erwarten auch unsere Bürgerinnen und Bürger deutlich mehr an digitalen Dienstleistungen, als es unsere Stadtverwaltung zur Zeit bietet. Sie schreiben es selbst, dass die Digitalisierung eine Daueraufgabe ist, die allerdings tatsächlich auf Dauer angelegt sein muss und nicht in einigen Jahren beendet sein wird.

Ein positives Beispiel in unserer Stadt für eine nutzerfreundliche Anwendung ist die Bewerbung auf einen Kita-Platz, die über das Online-Portal „Little Bird“ möglich ist. Ebenso sollte es in unserer Stadt möglich sein, wie in hunderten Kommunen in Baden-Württemberg bereits praktiziert seinen Wohnsitz elektronisch anzumelden. Dies würde nicht nur unseren (Neu-) Bürgerinnen und -bürgern viele Behördengänge ersparen, sondern auch

Kapazitäten in der Verwaltung freimachen. Meine Damen und Herren, unser Personaltableau wächst nicht nur wegen der zusätzlichen Aufgaben im sozialen Bereich, sondern vielleicht auch, weil Möglichkeiten der Effizienzsteigerung z.B. durch Digitalisierung ungenutzt bleiben.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beratungen des Haushaltes in den Ortschaftsräten sind offensichtlich kurz gewesen. Der Tenor ging in die Richtung, dass zusätzliche Wünsche und Anträge aufgrund der bereits geschilderten Situation in diesem Jahr gar nicht gestellt zu werden brauchen. Unsere Fraktion hatte sich bereits in den letzten Jahren daran gehalten, keine über in der Priorisierungsliste hinaus gehenden Maßnahmen zu fordern. Das wird auch in diesem Jahr unsere Maxime sein.

Trotzdem wollen wir noch auf folgende Punkte eingehen:

- Eine der großen Investitionen der Vergangenheit war der Umbau des sog. Z-Gebäudes zur EATA. Das Gebäude ist seiner Bestimmung übergeben; der Betrieb kann Fahrt aufnehmen. Oder hat er das bereits? Wir bitten ganz dringend darum, baldmöglichst in 2025 gemeinsam mit dem Kolping-Bildungswerk einen Bericht vorzulegen, wie das Gebäude mit Leben gefüllt, wie das inhaltliche und pädagogische Konzept umgesetzt werden soll. Wir wollen wissen, wie das Kolping-Bildungswerk die großen Hoffnungen, die wir, ja die ganze Region in dieses Projekt gesetzt haben, erfüllen wird. In dem Bericht sollten auch die bisherigen Erfahrungen und – wenn es sie gibt – Erfolgsmeldungen enthalten sein.
- Herr Oberbürgermeister, in Ihrer Haushaltsrede haben Sie darauf hingewiesen, dass einige Projekte nicht mehr wie geplant vor der Landesgartenschau umgesetzt werden können. Unter anderem betrifft dies den Ausbau des Radwegs Richtung Eggenrot, der nun erst ab 2027 erfolgen soll. Die Notwendigkeit dieser Maßnahme sehen wir absolut, auch wenn sie erst so spät kommt – nicht nur im Zusammenhang mit der seit langem vorgesehenen Verbindung Richtung Rosenberg. Was uns allerdings aufgefallen ist, sind die Kosten in Höhe von knapp 1,5 Mio € für gerade mal 500 Meter. Das bitten wir näher zu erläutern. Nach unserer Einschätzung könnte man mit diesem Geld mehr als einen Kilometer Straße bauen, nicht nur 500 m Radweg. Oder haben wir da etwas falsch verstanden und Sie meinen den kompletten Verlauf auf Gemarkung Ellwangen?
- Uns hat wie wohl alle Fraktionen ein Brief der Pater Jeningen gGmbH bezüglich des Schülerhorts Borromäum erreicht. Offensichtlich ist der Schülerhort in hohem Maße defizitär und belastet dadurch die gesamte gemeinnützige Gesellschaft. Wir wollen jetzt keinen Antrag stellen, dass die Stadt dieses Defizit übernimmt. Wir möchten Sie aber bitten, baldmöglichst darzustellen, welche Funktion der

Schülerhort Borromäum in einem städtischen Gesamtkonzept einnehmen könnte und ob Möglichkeiten gesehen werden, wie das Defizit damit auch ohne einen höheren städtischen Zuschuss reduziert werden könnte.

- Eine weitere Problemanzeige kam von unserer Buchenbergsschule, deren Belegung schon jetzt die Kapazitäten bei weitem übersteigt und dringend um Abhilfe gebeten wird. Auch hier denken wir, dass das Anliegen absolut seine Berechtigung hat, wir aber eine insgesamt abgestimmte Lösung brauchen.
- Der Verein Bürgerhaus Ellwangen ist ebenfalls auf uns zugekommen und hat uns seine Arbeit vorgestellt. Wir hatten ja in der vergangenen Legislatur diesbezügliche Anfragen, die Stadt möge in der Sache initiativ werden, mit dem Verweis auf die dicht gedrängte Aufgabenliste abgelehnt. Deshalb ist es nur zu begrüßen, dass sich nun ein Verein gebildet hat, der diese Aufgabe übernehmen will. Bei einem tragfähigen Finanzierungskonzept könnten wir uns vorstellen, den Verein finanziell zu unterstützen, bitten aber auch hier die Verwaltung um ihre Einschätzung.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
was bleibt uns übrig, als diesem Haushaltsplan zuzustimmen? Wir werden kaum Alternativen haben, wenn wir unser extrem ehrgeiziges Programm umsetzen wollen. Gut: Vielleicht werden wir bei der einen oder anderen Stelle im Rahmen des Personalkonzepts noch Einsparmöglichkeiten finden. Ein großer Wurf wird dies allerdings nicht sein. Wir werden mit einem entsprechenden Vorschlag an Sie herantreten, wenn unsere diesbezüglichen Überlegungen abgeschlossen sind. Eins ist allerdings klar: Wir müssen ernst nehmen, was uns die Aufsichtsbehörde für die Zukunft mitgegeben hat: Eine klare und vielleicht auch harte Priorisierung bei den Aufgaben der Zukunft.

Wir bedanken uns für Ihre Aufmerksamkeit.